



IWS Sekretariat, Weiherweg 88, 4054 Basel

Bundesrat
I. Cassis
Vorsteher des Eidg. Departements für
auswärtige Dienste
Bundeshaus West
3000 Bern

13. August 2025

Sehr geehrter Herr Bundesrat Cassis

Am 23. Juni 2025 haben wir Ihnen ein Schreiben gesandt, in dem wir Ihnen für Ihren Widerstand gegenüber Forderungen der SP nach bestimmten Stellungnahmen Ihrerseits zum Nahostkonflikt dankten.

Wir haben im Schreiben weitere Punkte angesprochen, die uns Sorgen bereiten. Doch eine Antwort ist bis heute nicht bei uns eingetroffen. Wir bedauern das, auch weil es um grundsätzliche, völkerrechtlich verankerte Rechte Israels geht, die die Schweiz unserer Meinung nach nicht korrekt behandelt. Der Einfachheit halber legen wir eine Kopie unseres Schreibens vom 23. Juni 2025 bei.

Die Verlautbarungen der Schweiz zur kürzliche UNO-Konferenz zeigen, dass sie nicht von der Illusion «Zweistaaatenlösung» loskommt. Dies, obwohl die Charta der PLO die Vernichtung Israels zum Ziel hat, die Kinder in den UNRWA-Schulen lernen, Juden und Israel zu hassen. Auch lehnen rund 80% der Palästinenser die Existenz Israels ab, betrachten den 7. Oktober 2023 als legitimen Widerstand.

Herr Bundesrat, angesichts dieser unerfreulichen Tatsachen mutet der Satz in Ihrer Medienmitteilung, dass Israel und Palästina Seite and Seite in Frieden leben sollen, mehr als seltsam an. Seit 100 Jahren bekämpft die muslimische Seite die legale Existenz der Juden innerhalb des 1922 vom Völkerbund für die Juden festgelegten Gebiets vom Jordan bis Mittelmeer. An dieser Zusage hat sich bis heute nichts geändert. Es mutet deshalb seltsam an, wenn Sie in Ihrer Strategie vom palästinensischen Territorium sprechen, das es nicht gibt. Eine Anerkennung des völkerrechtlich inexistenten «Staates Palästina» auf israelischem Boden und damit der Schaffung eines neuen Terrorstaats innerhalb Israels ist aus unserer Sicht inakzeptabel. Dies würde diejenige Seite stärken, die die Vernichtung Israels auf ihre Fahne geschrieben hat.



Sie sprechen vom palästinensischen Volk, einer Erfindung Arafats aus den 60er Jahren. PLO-Führer Mohsen erklärte 1977: «Das palästinensische Volk existiert nicht. Die Schaffung eines Palästinenserstaats ist nur ein Mittel, um den Kampf gegen den Staat Israel fortzusetzen. In Wirklichkeit ist kein Unterschied zwischen Jordanern, Palästinensern, Syrern und Libanesen.»

Aus der Tagesschau SRF entnahmen wir, dass Staatssekretärin Schmutz Kirgöz in der UNO von einer Hungersnot im Gazastreifen sprach. Sie hat sich wohl auf UNO-Quellen verlassen, denn gemäss den unsrigen gibt es wohl gewisse Versorgungsprobleme, aber keine Hungersnot. Die Hamas hat das Schlagwort «Hungersnot» mit der bereitwilligen Hilfe der Medien erfolgreich rund um den Globus geschickt, untermalt mit fragwürdigen Bildern. Auf dass der Hass gegen Israel – man kann ihn fast mit den Händen greifen - neue Höhepunkte erreichte.

Wie nehmen Sie das wahr? Was sagen Sie zu dieser wirklich üblen Kampagne gegen Israel? Einerseits wird die US-Israeli Organisation GFH ohne Ende kritisiert, die IDF statt der Hamas der Tötung wartender Menschen beschuldigt. Andererseits herrscht Schweigen über das bisherige Versagen der anderen Organisationen, die sich weigerten, grossen Mengen Hilfsgüter abzuholen und zu verteilen. Auch scheint man sich nicht ernsthaft mit dem Terror der Hamas zu befassen, die die Hilfsgüter um jeden Preis unter ihrer Kontrolle behalten will. Deshalb auch das permanente Störfeuer der Medien gegen die Organisation GHF. Kurz: Es wäre zu empfehlen, Informationen über die Lage auch von Israel, der IDF und der GHF einzuholen. Sie finden beigefügt den Artikel «»Warum die Hamas die humanitäre Hilfe im Gazastreifen kontrollieren will« (von Khaled Abu Toameh, einem preisgekrönten Journalisten aus Jerusalem).

Wie erwähnt, bewegen uns diese Punkte, dazu auch die notorisch antiisraelische Haltung der Staatenwelt, die vergessen hat, dass sie 1922 dem Völkerbundmandat zustimmte und seit langem – wie es scheint – nicht zwischen Opfer und Täter zu unterscheiden weiss. Der aggressive, nicht eben von Sachwissen geprägte Ton gewisser Regierungen gegenüber Israel erschreckt uns. Natürlich muss auch Israel die Regeln einhalten, doch scheinen uns gewisse Töne, auch der Druck in Richtung eines Palästinenserstaats, als völlig unangebracht, weil damit Israels gültige Rechte verletzt würden.

Gerne hören wir von Ihnen.

Mit freundlichen Grüssen

ISRAEL-WERKE SCHWEIZ



Werner Woiwode

Werner Dallapiazza

Daniel Hess

Gabriela Hess